

Beschluss des Landrats vom 09.05.2019

Nr. 2634

25. Neuaufteilung Direktionen

2018/1014; Protokoll: pw

Landratspräsident **Hannes Schweizer** (SP) sagt, der Regierungsrat lehne das Postulat ab. Eine schriftliche Begründung liegt vor.

Rolf Richterich (FDP) führt aus, der Regierungsrat erläutere, er habe die Frage schon vor einigen Jahren geprüft. Dem ist jedoch nicht so. Der Regierungsrat hat nämlich die Frage aufgrund von konkreten Forderungen zur Zusammenlegung respektive zur direktionsübergreifenden Neuorganisation geprüft. Eine Prüfung einer Neuaufteilung der Direktionen hat so nicht stattgefunden. Im Postulat geht es primär darum, den zwei grösseren Direktionen – der BUD und der BKSD – Entlastung zu bieten. Dies mit dem Ziel, dass die fünf Regierungsmitglieder eine in etwa ähnliche Struktur zu bewältigen haben. Eine Neuaufteilung könnte zudem einen Input bringen, um gewisse Fragen neu zu beantworten und zu bearbeiten.

Die Antwort der Regierung kann nur teilweise nachvollzogen werden. Ein grosser Teil des Geforderten wurde noch nicht geprüft. Es liegt in der Natur der Sache, dass es hier Widerstand seitens Regierung gibt. So ist das Postulat in Bezug auf die Gewaltenteilung etwas grenzwertig. Es wäre aber wohl auch im Sinne der Regierung, wenn man hier den Spielball ins Rollen bringt.

Klaus Kirchmayr (Grüne) kann Rolf Richterichs Votum unterstützen. Es wäre sicherlich eine gute Gelegenheit, um die Direktionsaufteilung neu zu betrachten. Zumal nun eine neue Legislatur beginnt. Der Vorredner hat zwei Schwerpunkte, die BUD und die BKSD, aufgezeigt. Es gäbe aber auch in der FKD und SID Dinge zu überlegen. Ein gesamtheitlicher Blick wäre notwendig. Die Regierung könnte die Zeit in den Sommerferien nutzen, um sich gemeinsam Gedanken zu machen. Auch wenn der Redner die Bedenken in Bezug auf die Gewaltenteilung versteht, sind die Direktionen im Gesetzestext festgelegt. Das heisst, der grobe Zuschnitt liegt in der Kompetenz des Landrats. Es ist deshalb durchaus vertretbar, wenn das Parlament diesen Anstoss gibt. Die Organisationseffizienz steht im Vordergrund und es bestehen keine politischen Hintergedanken.

Felix Keller (CVP) bringt ein, es stelle sich die Frage, wie gross der Leidensdruck sei. Die CVP/BDP-Fraktion kam zum Schluss, die Regierung solle ihre Ressourcen besser einsetzen als dafür, alles zu hinterfragen. Der Regierungsrat braucht kein Beschäftigungsprogramm über die Sommerferien. Wäre ein Leidensdruck vorhanden, würde das Anliegen von der Regierung selbst kommen.

Die SVP-Fraktion schliesse sich dem Entscheid der Regierung an, äussert **Andi Trüssel** (SVP). Die Effizienz der Arbeit ist eine interne Regierungsangelegenheit und nicht Sache des Landrats.

Auch die SP-Fraktion werde das Postulat ablehnen, sagt **Miriam Locher** (SP). Wie die Antwort der Regierung zeigt, wurde vieles schon überprüft.

://: Mit 52:18 Stimmen bei 1 Enthaltung wird das Postulat abgelehnt.
